

(Abg. Günther.)

(A) sei, ferner regelmäßige Lohnaufrückungen, Personalvermehrung, die sich infolge Eröffnung neuer Eisenbahnlinien und Erweiterung von Bahnhöfen und wegen der zu erwartenden Verkehrszunahme nötig machte. Hier wäre uns spezielle Angabe erwünscht, was auf Lohnerhöhung und Tagelöhne, auf regelmäßige Lohnaufrückung, auf Personalvermehrung und auf Lohnersparnisse von dieser Gesamtsumme entfällt und wieviel dann auch noch von dieser Summe auf die Erhöhung der Akordlöhne in den Werkstätten kommt. Wir haben ja inzwischen einen Bericht über die Verwaltung der sächsischen Eisenbahnen bekommen, aber es war doch bei der Kürze der Zeit, die dafür nur zur Verfügung stand, nicht möglich, den Bericht so nachzuprüfen, um eben zu richtigen Schlussfolgerungen gelangen zu können. Ich will der Königl. Staatsregierung keinen Vorwurf machen, daß der Bericht erst in den letzten Tagen erschienen ist, aber es wäre doch wünschenswert, wenn einmal eine derartige sehr interessante Denkschrift herausgegeben wird, daß sie dann auch zu einer Zeit erscheint, vielleicht gleich mit dem Etat, um eben die Zeit zur Verfügung zu haben, den Inhalt eingehend zu prüfen.

(B) Meine Herren! Bei dieser Position des Kap. 16 gehe ich nun mit einigen Worten auf die Wünsche der Eisenbahnbetriebsarbeiter in Plauen ein. Es handelt sich dabei um das Arbeiterpersonal, das auf den drei Bahnhöfen in Plauen und auf der Güterabfertigung in Plauen beschäftigt wird, und um das Streckenpersonal. Diese Arbeiter wünschen, daß sie in die Lohnklasse K, also in die höchste Lohnklasse, versetzt werden. Ich habe mich gewundert, daß die Königl. Staatsregierung die Eisenbahnbetriebsarbeiter und die Streckenarbeiter in Plauen seither ungünstiger behandelt hat als die Eisenbahnbetriebsarbeiter in Dresden und Leipzig usw. Meine Herren! In Plauen muß für Mieten und Lebensunterhalt mindestens so viel wie in Dresden und Leipzig aufgebracht werden. Der Nachweis wäre gar nicht schwer zu erbringen, daß das Leben in Plauen teurer ist als in Dresden und Leipzig. Ich meine, nach dieser Richtung hätte eigentlich die Eisenbahnverwaltung schon längst den ganz berechtigten Wunsch der Eisenbahnbetriebs- und Streckenarbeiter in Plauen wegen Einrückung in die Lohnklasse K erfüllen sollen. Aus dem Dekret für Wohnungsgeldzuschüsse, das wir vor einigen Tagen in der allgemeinen Vorberatung besprochen haben, ist zu ersehen, daß Plauen in dieselbe Ortsklasse gehört wie Dresden, Leipzig und Chemnitz, also man hat von seiten der Königl. Staatsregierung längst

anerkannt, daß Plauen in die gleiche Ortsklasse zu rechnen ist wie andere Großstädte. Man kann auch nicht etwa darauf Bezug nehmen, daß vielleicht einige Frauen der hier genannten Arbeiter mit verdienen, sei es durch Heimarbeit in der Spitzenindustrie oder durch andere Arbeiten. Das darf doch bei den Einkommensverhältnissen der Eisenbahnbetriebs- und Streckenarbeiter nicht berücksichtigt werden. Es ist doch wohl anderwärts auch so, daß derartige Arbeiten gemacht werden. Das darf unter keinen Umständen berücksichtigt werden, sondern Pflicht der Eisenbahnverwaltung ist es — das ist meine feste Überzeugung —, daß nach den tatsächlichen Verhältnissen die Löhne zu bezahlen sind, und wenn ich die Sache nachprüfe, so liegt es in der Tat so, daß die Lohnzahlung in Plauen nicht nach den tatsächlichen Verhältnissen erfolgt.

Es wird wohl kaum eine Stadt in Sachsen geben, wo die Wohnungen so teuer sind wie in Plauen. Das Bauen ist in Plauen besonders teuer. Plauen ist sehr schnell gewachsen, außerdem ist der Grundbesitz außerordentlich belastet durch Abwälzung des gesamten Straßenbaues, der Pflasterbaukosten, Fußwegherstellung, Schleusenkosten und alles dessen, was mit der Herstellung des öffentlichen Verkehrsraumes zusammenfällt. Das ist alles auf den Grundbesitz übertragen worden. Ich erinnere auch daran, daß für die öffentlichen Plätze und für die Erbauung von Brücken und Viadukten immer nur die Grundbesitzer, nach Beitragzonen eingeteilt, aufzukommen haben. Je mehr derartige Kosten auf den Hausbesitz fallen — es kommen ja dann noch die Besitzveränderungsabgaben, die Wertzuwachssteuer, erhöhte Auflassungs- und Berichtskosten u. dgl. Dinge hinzu —, je mehr man also den Besitz belastet, um so teurer müssen die Mieten für die kleinen Mittelwohnungen werden, das ist nicht aufzuhalten. Gewiß sind das nicht allein die preissteigernden Momente, auf die ich hingewiesen habe, es gibt aber Leute, die das bestreiten, die denken, mit jeder Steuer, die man auf den Hausbesitz legt, mit der Wertzuwachssteuer, der Besitzveränderungsabgabe u. dgl., werden die Mieten verbilligt, da wird jeder genötigt zu bauen, und die Wohnungen werden billig. Das ist eine Argumentation, die sich in Theorie sehr schön ausnimmt, in Wirklichkeit aber liegen die Dinge ganz anders,

(Sehr richtig! rechts.)

nämlich so, daß die kleinen Leute bei einer derartigen modernen Staats- und Gemeindepolitik ganz beson-